



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

- P/VI/202 - 31.8.1951

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Berliner Festwochen	S 1
Indochina und Nordafrika - neuralg.Punkte der Grand Nation	S 3
Canaris -Legende	S 5
CDU gegen Schwarz-Rot-Gold	S 6

Schaufenster Berlin

W.B.Berlin

Westberlin rüstet sich, seine seit Monaten vorbereiteten Festwochen am kommenden Mittwoch zu eröffnen.

Das Programm der "Berliner Festwochen" beginnt mit der Tell-Aufführung des Schiller-Theaters, das am 5.9. in Gegenwart des Bundespräsidenten eingeweiht wird. Es schliesst sich eine Serie von Neuaufführungen der Berliner Bühnen an. Bühnenkünstler aus Frankreich, der Schweiz, England und Amerika, führende Bühnen Westdeutschlands, Musiker und Chöre aus dem deutschen und europäischen Westen werden einen Ausschnitt aus dem kulturellen Leben der freien Welt vermitteln.

Gleichzeitig sind zahlreiche Kunstausstellungen angesetzt, und eine Reihe von Organisationen führen ihre Bundestagungen in Berlin durch. Freilichtveranstaltungen werden die Verbindung zu breitesten Kreisen der Bevölkerung herstellen. Vom 6. bis 16. September wird auch der "Internationale Autosalon" auf dem Ausstellungsgelände am Funkturm zu bewundern sein. Anfang Oktober findet an gleichem Ort die Deutsche Industrieausstellung statt. Und auch der Sport wird zu seinem Recht kommen: Seine Enthusiasten erwarten schon mit einiger Spannung den Ausgang

des Kampfes um die Europameisterschaft zwischen Jack Gardner und Heintzen Hoff.

Im Gegensatz zu den Massenaufmärschen und Lautsprechern des Ostens werden die Festwochen und die sich daran anschließenden Ausstellungen keine andere Propaganda als die bieten, die sich aus der Gegenüberstellung zwischen den Chancen einer freien Entwicklung und einem allgewaltigen Staatsapparat ergibt. Zum "Internationalen Autosalon" haben sich 280 Firmen angemeldet. Neben der Bundesrepublik werden die führenden Firmen der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, aber auch Italiens, Österreichs und der Tschechoslowakei beteiligt sein. Die Industriesausstellung im Oktober wird einen Überblick darüber geben, was heute im westlichen Bundesgebiet und in Westberlin produziert wird, und es ist schon heute sicher, dass auch diesmal wieder zahlreiche Besucher trotz aller Schwierigkeiten aus der Sowjetzone kommen werden.

Man mag die Frage aufwerfen, ob solche repräsentativen Veranstaltungen eigentlich das sind, worauf es für Berlin gegenwärtig ankommt. Dabei sollte man bedenken, dass Berlin nun einmal bis auf weiteres das viel zitierte Schaufenster des Westens jenseits des Eisernen Vorhanges zu sein hat. Von den 1.1 Millionen Besuchern der vorjährigen Industriesausstellung kamen über 450.000 aus dem Ostsektor Berlins und aus der sowjetischen Zone. Diese Ziffern sollte man gut behalten. Gut, mag man hinzufügen, aber weshalb ausgerechnet "Festwochen?" Ernst Reuter als Regierender Bürgermeister hat dazu gesagt: "Berlins Arbeit und Bedeutung lag immer nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern gerade auch auf geistigem und künstlerischem Gebiet. Und alle Bedrängnis hat nicht den Willen in uns ersticken können, mit all unseren Kräften danach zu streben, unseren Platz auch im kulturellen Leben unseres Volkes zurückzugewinnen und wieder einzunehmen".

Natürlich soll man die Schaufenster-Funktion Berlins nicht überbetonen. Entscheidend bleibt für die politische Wirksamkeit Berlins im gesamtdeutschen, demokratischen Sinne letzten Endes, dass seine Lebensgrundlagen soweit wie möglich wieder hergestellt werden. Manches könnte heute in Berlin schon anders aussehen, wenn alle Beteiligten die Notwendigkeiten rechtzeitig erkannt und daraus die richtigen Folgerungen abgeleitet hätten. Die Notwendigkeit von entscheidenden Massnahmen gegen die Berliner Massenarbeitslosigkeit steht dabei im Vordergrund. Das sollte man gewiss keinen Augenblick vergessen.

Zwischen Indochina und Nordafrika

A.F. Paris, Ende August 1951

Unabhängig von Aussenminister Schuman, aber zur gleichen Zeit, begibt sich Anfang September der französische Hochkommissar für Indochina, General Lattre de Tassigny, nach Washington, um das indochinesische Problem mit den zuständigen amerikanischen Behörden gründlich durchzusprechen. Ebenfalls anfangs September wird der augenblickliche französische Generalresident in Marokko, General Juin, seinen Posten verlassen und die Geschäfte seinem Nachfolger, General Guillaudme, übergeben. Diese Ereignisse lenken die Aufmerksamkeit auf zwei schwache Stellen der französischen Union und gleichzeitig der westlichen Gemeinschaft hin: Indochina und Nordafrika.

Als vor rund einem Jahr General de Lattre den Oberbefehl der französischen Truppen im Fernen Osten übernahm, bestand die ernste Gefahr einer Verdrängung Frankreichs aus Indochina durch den damals sehr erfolgreichen Viet Minh. Heute befinden sich die Rebellen an allen Fronten in der Defensive, leiden offensichtlich unter Lebensmittelmangel und haben kaum noch eine Aussicht, ihren Feldzug erfolgreich zu beenden. Wenn allerdings die chinesischen Kommunisten Ho Chi Min ebenso unterstützen, wie die Nordkoreaner, reichen die französischen Truppen zur Aufrechterhaltung der Verteidigungslinie nicht mehr aus, und es bedarf einer viel direkteren, amerikanischen Hilfe. Man sollte allerdings die chinesische Gefahr vorläufig nicht überschätzen, denn die Verkehrswege Südchinas befinden sich in äusserst schlechtem Zustand und die Verbindungen über eine sehr unfreundliche Gebirgsgrenze in Richtung Indochina sind ausserordentlich schlecht. Dennoch wird die chinesische Hilfe immer ausreichen, um die Bewegung des Viet Minhs am Leben zu erhalten. Man sucht daher unverändert nach einer politischen Lösung.

In Nordafrika wird das Gewitter erst erwartet. Die arabischen Staaten drohen immer wieder, die marokkanische oder tunesische Frage den Vereinten Nationen zu unterbreiten. Sie würden bei dieser Gelegenheit nicht nur von dem Ostblock unterstützt werden, sondern voraussichtlich auch von Indien, Pakistan und einem grossen Teil der südamerikanischen Länder, die für ihre eigenen Ziele von Zeit zu Zeit die arabischen Stimmen in der Vollversammlung der Vereinten

Nationen benötigen.

Die französische Stellung in Nordafrika wird in gewisser Weise auch durch verschiedene amerikanische und britische Initiativen geschwächt. Für die Vereinigten Staaten ist Marokko einer der wichtigsten Stützpunkte und sie legen großen Wert darauf, die Gunst der eingeborenen Bevölkerung zu gewinnen. (Erhebliche wirtschaftliche Interessen spielen ebenfalls eine Rolle dabei). Großbritannien ist traditionsgemäß bestrebt, die arabische Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen, um auf diese Weise seine Stellung im Mittleren Osten zu stärken. Die Stützpunkte der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung befinden sich in dem von Großbritannien kontrollierten Lybien, wo sie sich frei entwickeln können.

Dem begreiflichen Emanzipationsbestreben der arabischen Welt und der angelsächsischen Interessenpolitik steht die übliche ungewiß zögernde französische Haltung gegenüber. In Paris ist man grundsätzlich bereit, den Arabern entgegen zu kommen, in Casablanca, Algerien und Tunis machen sich jedoch immer wieder hemmende, wirtschaftliche Sonderinteressen bemerkbar, d.h. die dort ansässigen Franzosen versuchen alles, um ihre Privilegien aufrecht zu erhalten. Der Personenwechsel in Marokko ist daher nicht ohne Bedeutung. Der neue Generalresident begann seine militärische Laufbahn in Marokko unter Lyautey und verfügt dort über zahlreiche persönliche Beziehungen, sowie über ein gewisses Maß von Sympathien. Es dürfte ihm leichter als seinem Vorgänger möglich sein, dem Sultan die Hand zu reichen.

+ + +

Die Legende vom guten Admiral

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Nichts ist so gefährlich im Leben der Nationen als Legendenbildung. Unsere Zeitgeschichte ist reich an zweckbestimmten, politischen Legenden. In Deutschland gab es beispielsweise, nach dem Zusammenbruch der deutschen Armee im Jahre 1918, die Dolchstoßlegende und in Spanien, 1936, die Legende, daß man einen kommunistischen Putsch zu befürchten habe und ihm daher durch einen Militärputsch zuvorkommen müsse.

Besonders gefährlich sind Legenden, die bestimmte Personen zum Gegenstand haben. Da ist beispielsweise ein findiger Journalist

mit dem Talent, Vermutungen und halbe Nachrichten in leicht lesbare Sensationslektüre umzuformen, auf den Admiral Canaris gestoßen. Über das Ergebnis der Begegnung liest man in einer bekannten Wochenschrift der Schweiz eine wahrhaft reißerische Serie.

Der Lebenslauf des Admirals Canaris eignet sich allerdings zur Sensationslektüre, weil man den militärischen Nachrichtendienst stets mit dem schillernden Glanz der Filmromantik schlechtesten Stiles zu umgeben geneigt ist. Wohlgemerkt, die in Frage kommende Artikelserie, die den wunderbaren Titel "Das Geheimnis des Admirals" führt, behauptet von Canaris nicht, daß sein Herz jemals für die deutsche Republik geschlagen habe, in deren Sold er stand und gegen die er seit dem Kapp-Putsch bei jeder Gelegenheit konspirierte. Das wäre als einfache Falschmeldung allzu leicht erkennbar. Der Lebenslauf des Admirals ist daher, mit vielen Einzelheiten ausgeschmückt, in großen Zügen zutreffend. Die Legende beginnt bei der Darstellung des Charakters, bei den Einzelheiten, die zu zahlreich sind, um nachgeprüft werden zu können. Auf diese Weise werden dann ewige Kriegsfreunde zu beinahe pazifistischen Ehrenmännern, deren "Spiel" man heute zu verstehen bemüht sein müßte. Das "Geheimnis des Admirals" ist viel zu lang, als daß man sich mit allen Widersprüchen und filmischen Ausschmückungen hier kritisch auseinandersetzen könnte. Es genügt, ein Thema herauszugreifen, über das zufällig veröffentlichte diplomatische Dokumente vorliegen.

Es handelt sich um die Beteiligung des Admirals am spanischen Bürgerkrieg. Sie steht außer Zweifel. Was dagegen aus den im Vorjahr vom amerikanischen State Department herausgegebenen Sammelband deutscher diplomatischer Akten ebenfalls hervorgeht, ist, daß die Entscheidung über den Generalputsch in Spanien fiel und General Franco alsdann zwei in Marokko sesshafte deutsche Nationalsozialisten nach Deutschland sandte um die, später so reichlich gewährte, Waffenhilfe Hitlers zu erlangen. Im "Geheimnis des Admirals" hingegen wird berichtet, wie Canaris vor seinem Schreibtisch brütet und gerne "Geschichte machen" würde, wie er den spanischen General Sanjurjo trifft, ihm Zutritt zu den Großen des Dritten Reiches verschafft, wie Sanjurjo von Berlin aus angeblich den Befehl zum Losschlagen gibt und dann angeblich auf dem Flug nach Spanien verunglückt. Worauf der "gute Admiral", sozusagen als letzten Dienst für einen dahingegangenen Freund, die Hitlerhilfe für Franco befigert und als dann der Bürgerkrieg in einen wirklichen Krieg mit "Blut und Tränen" ausartet, erschüttert ist und angeblich am liebsten alles wieder ungeschehen machen würde.

Es liest sich wunderbar, dieses Melodrama des Meisterspiels. Nur schade, daß das meiste daran Legende ist.

++ + ++

CDU gegen Schwarz-Rot-Gold

(sp) In der kleinen niedersächsischen Industriestadt Peine hat sich etwas sehr erstaunliches zugetragen. Die CDU hat sich von einer Protestversammlung gegen Schänder der Bundesflagge ferngehalten, sie war einem Ersuchen, einen entsprechenden Aufruf zu unterzeichnen, nicht gefolgt.

Man erinnert sich, daß es kürzlich in Peine zu mehreren "Flaggenzwischenfällen" kam. Junge Burschen hatten, in einem Fall mehr oder weniger angetrunken, die Fahne der Bundesrepublik von öffentlichen Gebäuden heruntergeholt und verbrannt. Die Strafen fielen außerordentlich milde aus.

Die Vorfälle gehören in das Gebiet des politischen Strauchrittertums und sind zunächst nur als Symptome ernst zu nehmen, Immerhin war es schon ein schönes Stückchen, daß das Wochenblatt der DP, einer Bonner Koalitionspartei also, die Rowdies mit Angriffen gegen "die Kollektivschuldbekehrer, die Entnazifizierungsinquisitoren, die Sozialdemokraten und die hemmungslosen Agitatoren unter den Gewerkschaften" in Schutz nahmen.

Die CDU hat sich, dadurch daß sie sich als Partei in aller Form von dem Protestschritt absetzte, mehr oder weniger mit den Flaggeschändern identifiziert. Eingeladen hatten die Gewerkschaften, die Peiner Kolpingsfamilie (Katholische Gesellenvereine), der Kreisjugendring und der Ortsverein der SPD. Vielleicht ging die CDU - die in Niedersachsen ja in der Niederdeutschen Union aufs engste mit der DP verbunden ist, davon aus, daß sie es sich gerade in Niedersachsen nicht leisten könne, gegen den Rechtsradikalismus Front zu machen - ein trauriges Zeichen für die Partei des Bundeskanzlers, ihren Bekennermut- oder ihren wahren politischen Standort, zum mindesten in Niedersachsen.

+ + +